



HESSEN



Bericht aus Brüssel

07/2024 vom 05.04.2024

Vertretung des Landes Hessen bei der Europäischen Union
21, Rue Montoyer, B- 1000 Brüssel
Tel.: 0032.2.739.59.00 Fax: 0032.2.732.48.13
E-mail: hessen.eu@lv-bruessel.hessen.de

Inhaltsverzeichnis

Institutionelles.....	3
Außen- und Verteidigungspolitik.....	3
Wirtschaft.....	3
Verkehr.....	5
Digital.....	7
Forschung.....	7
Finanzdienstleistungen.....	8
Soziales.....	9
Gesundheit und Verbraucherschutz.....	10
Umwelt.....	10
Landwirtschaft.....	11
Justiz.....	11
Inneres.....	12
Bildung und Kultur.....	13
Information, Kommunikation und Medien.....	14
EU-Förderprogramme.....	15
Vorschau.....	15

Institutionelles

Kommission; Reynders Rückzug vom Amt als Kommissionsmitglied

Didier Reynders (BEL), seit 01.12.2019 Kommissar für Justiz, informierte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, dass das Ministerkomitee des Europarats ihn am 25.03.2024 der Parlamentarischen Versammlung dieser Organisation für das Amt des Generalsekretärs empfohlen habe. Gleichzeitig bat er um unbezahlten Urlaub für die Dauer des Wahlverfahrens ab dem 25.04.2024. Von der Leyen gewährte Reynders den unbezahlten Urlaub.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/statement_24_1769

Außen- und Verteidigungspolitik

Rat; EP; Reform- und Wachstumsfazilität Westbalkan

Die Ratspräsidentschaft und das EP haben eine vorläufige Einigung über die Einrichtung einer Reform- und Wachstumsfazilität für die westlichen Balkanstaaten erzielt. Die Fazilität stützt sich auf den am 08.11.2023 vorgelegten Vorschlag der Kommission für einen neuen Wachstumsplan für die westlichen Balkanstaaten. Der neue Wachstumsplan der Kommission zielt darauf ab, die wirtschaftliche Integration der westlichen Balkanstaaten in den EU-Binnenmarkt zu verbessern, die wirtschaftliche Integration innerhalb der Region durch den gemeinsamen regionalen Markt zu fördern, grundlegenden Reformen zu beschleunigen auch in Bezug auf Rechtsstaatlichkeit und Grundrechte und somit den Erweiterungsprozess zu fördern. Im Rahmen der Fazilität, die sich über den Zeitraum von 2024 bis 2027 erstreckt, werden voraussichtlich bis zu 2 Mrd. EUR in Form von Zuschüssen und 4 Mrd. EUR in Form von Darlehen für die westlichen Balkanländer bereitgestellt. Die Zahlungen sind an strenge Bedingungen geknüpft, die sich auf die Durchführung von Reformen beziehen, die in der vereinbarten Reformagenda der einzelnen Partner festgelegt sind. Die vorläufige Vereinbarung muss nun vom Rat und vom EP endgültig gebilligt werden, damit sie nach einer rechtlichen und sprachlichen Überarbeitung von beiden Organen offiziell angenommen werden kann.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2024/04/04/provisional-deal-on-the-reform-and-growth-facility-for-the-western-balkans/>

Wirtschaft

Kommission; Einleitung zweier Untersuchungen nach der Verordnung über drittstaatliche Subventionen im Photovoltaiksektor

Die Kommission hat am 03.04.2024 zwei Untersuchungen gemäß der am 12.01.2023 in Kraft getretenen neuen EU-Verordnung über den Binnenmarkt verzerrende drittstaatliche Subventionen gegen zwei chinesische Solarhersteller eingeleitet. Die Untersuchungen folgen auf die am 04.03.2024 eingereichten Notifizierungen. Das entsprechende öffentliche Ausschreibungsverfahren wurde von einem rumänischen öffentlichen Auftraggeber (Societatea PARC fotovoltaic ROVINARI EST S.A.) für die Planung, den Bau und den Betrieb eines Photovoltaikparks in ROM mit einer installierten Leistung von 110 MW eingeleitet. Dieses Projekt wird teilweise aus dem Modernisierungsfonds der EU finanziert. Die Kommission geht davon aus, dass

hinreichende Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass beide Unternehmen drittstaatliche Subventionen erhalten haben, die den Binnenmarkt verzerren.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_24_1803

Kommission; Einleitung einer Zusammenarbeit bezüglich der Entwicklung neuer Werkstoffe zwischen der EU und Japan

Am 02.04.2024 kündigten die Kommissarin für Innovation, Forschung, Kultur, Bildung und Jugend, Iliana Ivanova, sowie der stellvertretende Minister für Wissenschaft, Technologie und Innovation von Japan, Hiroki Matsuo, an, dass die EU und Japan bei der Entwicklung neuer Werkstoffe, die in kritischen Wirtschaftszweigen verwendet werden, zusammenarbeiten wollen. Diese Werkstoffe, die in Schlüsselsektoren und -anwendungen wie erneuerbare Energien, Batterien, emissionsfreie Gebäude und Halbleiter eingesetzt werden, sind aus Sicht der Kommission eine Schlüsseltechnologie, die den ökologischen und digitalen Wandel unterstützt und ein wesentlicher Bestandteil der wirtschaftlichen Souveränität sowie strategischen Unabhängigkeit. Die verstärkte Zusammenarbeit zwischen der EU und Japan soll die Kooperation bei neuen sowie aufkommenden Technologien auf Ebene der G7 stärken.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_24_1781

Kommission; Gründung eines Gemeinschaftsunternehmens von der DWS Group GmbH & Co. KGaA, Galaxy und Flow Traders

Die Kommission hat am 21.03.2024 die Gründung eines Gemeinschaftsunternehmens zwischen der Vermögensverwaltungs- und Fondsmanagementtochter der Deutsche Bank AG (DWS Group GmbH & Co. KGaA), und der Galaxy Digital Labs LLC und der Flow Traders Holding LLC, beide USA, nach der EU-Fusionskontrollverordnung genehmigt. Nach Ansicht der Kommission bestehen keine wettbewerbsrechtlichen Bedenken, da das geplante Gemeinschaftsunternehmen nur in einem geringen Umfang im Europäischen Wirtschaftsraum agieren wird.

https://ec.europa.eu/competition/mergers/cases1/202413/M_11439_9971347_108_3.pdf

Kommission; neunter Kohäsionsbericht bezüglich des sozialen, wirtschaftlichen und territorialen Zusammenhalts in der EU

Am 27.03.2024 veröffentlichte die Kommission ihren neunten Kohäsionsbericht. Der Bericht bescheinigt der EU eine erfolgreiche Kohäsionspolitik, die wirtschaftliche, soziale und territoriale Ungleichheiten zwischen den Mitgliedsstaaten (MS) und Regionen deutlich verringert. So wurden beispielsweise in diesem Rahmen zwischen 2014 und 2020 4,4 Mio. Unternehmen unterstützt, 370.000 neue Arbeitsplätze geschaffen und zahlreiche Projekte zum ökologischen und digitalen Wandel initiiert. Für den Zeitraum 2021-2027 mit einem Gesamtbudget von 392 Mrd. EUR erwartet die Kommission 1,3 Mio. zusätzliche Arbeitsplätze und plant weitere Investitionen beispielsweise zur Unterstützung grüner Maßnahmen (100 Mrd. EUR), Digitalisierung (40 Mrd. EUR) oder der beruflichen Weiterbildung (45 Mrd. EUR). Die Notwendigkeit zur Verbesserung der Kohäsionspolitik sieht die Kommission u.a. in den Bereichen der Flexibilität sowie der schnelleren und auf regionale Bedürfnisse zugeschnittenen Umsetzung der Maßnahmen. Diese sollen zudem stärker mit Leistungsorientierung und Reformen in den MS verknüpft werden.

https://ec.europa.eu/regional_policy/information-sources/cohesion-report_en

Rat; Empfehlung über Senkung des Gasverbrauchs der Mitgliedstaaten bis zum 31.03.2025 angenommen

Der Rat hat am 25.03.2024 eine Empfehlung angenommen, die den Mitgliedstaaten (MS) nahelegt, ihren Gasverbrauch bis zum 31.03.2025 weiter zu senken, und zwar um mindestens 15% gegenüber ihrem durchschnittlichen Gasverbrauch im Zeitraum vom 01.04.2017 bis 31.03.2022. Die Empfehlung soll den MS helfen, bis zur Umsetzung der Richtlinien über Energieeffizienz und erneuerbare Energien im Jahr 2025 angemessene Maßnahmen zur Versorgungssicherheit zu ergreifen. Beide Richtlinien werden nach Ansicht des Rates künftig zu einer strukturellen Senkung der Nachfrage führen und gleichzeitig zum Erreichen der Dekarbonisierungsziele der EU beitragen.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2024/03/25/security-of-gas-supply-council-gives-final-green-light-to-voluntary-demand-reduction-measures/>

Eurostat; Rückgang der EU-Einfuhren von Energieerzeugnissen 2023

Eurostat hat am 22.03.2024 Daten bezüglich der EU-Einfuhren von Energieerzeugnissen veröffentlicht. Festgestellt wurde, dass die EU im vierten Quartal 2023 im Vergleich zum vierten Quartal 2022 weniger Energieerzeugnisse importierte. Die Importe sanken wertmäßig um 34,3% sowie in der Nettomasse um 11,7%. Der Wert des importierten Erdgases sank im Jahr 2023 im Vergleich zu 2022 um 52,2%, während die Menge um 16,1% zurückging.

<https://ec.europa.eu/eurostat/de/web/products-eurostat-news/w/ddn-20240322-2>

V e r k e h r

Rat; Informelle Tagung des Verkehrsministerrats

Am 03./04.04.2024 fand eine informelle Tagung des Verkehrsministerrats statt. Im Rahmen der Tagung standen die Ökologisierung des Verkehrs, die aktive Mobilität und das Radfahren sowie die Schienenverbindungen zwischen europäischen Städten im Vordergrund. Zudem unterzeichnete Verkehrskommissarin Adina Vălean gemeinsam mit der Vorsitzenden des Verkehrsausschusses des EP, MdEP Karima Delli (GRÜNE/FEA/FRA), sowie dem stellvertretenden belgischen Premierminister Georges Gilkinet die „European Declaration on Cycling“. In der Erklärung werden Grundsätze zur Förderung des Radverkehrs aufgeführt, an denen sich künftige Maßnahmen in der EU orientieren sollen.

<https://newsroom.consilium.europa.eu/events/20240403-informal-meeting-of-transport-ministers-april-2024>

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-6215-2024-INIT/en/pdf>

Kommission; Konsultation zu EU-weiten Leistungsziele für 2025-2029

Für die Zeit vom 22.03.2024 bis zum 19.04.2024 stellt die Kommission den Entwurf eines Durchführungsbeschlusses über EU-weite Leistungsziele für 2025 bis 2029 im einheitlichen europäischen Luftraum zur Konsultation. Ziel ist die Verbesserung des Leistungssystems und der Gebührenregelung für den einheitlichen europäischen Luftraum sowie die Verbesserung der Flugsicherungsdienste durch einen den gesamten Flugweg („Gate-to-Gate“) umfassenden Ansatz, der sowohl Strecken- als auch An- und Abflugdienste abdeckt. Mit dem Durchführungsbeschluss der Kommission sollen unionsweit geltende Leistungsziele für den vierten Bezugszeitraum des Systems, der die Jahre 2025 bis 2029 umfasst, festgelegt werden.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13941-Luffahrt-EU-weite-Leistungsziele-fur-2025-2029-einheitlicher-europaischer-Luftraum_de

Kommission; Beschwerdepunkte in Bezug auf den von der Lufthansa geplanten Erwerb einer Beteiligung an ITA Airways versandt

Die Kommission hat am 25.03.2024 in einer Mitteilung die Beschwerdepunkte an die Lufthansa sowie das italienische Ministerium für Wirtschaft und Finanzen bezüglich des geplanten Erwerbs einer Beteiligung an ITA Airways durch die Lufthansa versandt. In der Mitteilung vertritt die Kommission den vorläufigen Standpunkt, dass der geplante Erwerb den Wettbewerb auf bestimmten Strecken auf dem Markt für Passagierluftverkehrsdienste innerhalb und außerhalb von ITA einschränken könnte. Des Weiteren ist die Kommission der Ansicht, dass die Kunden nach dem Zusammenschluss mit höheren Preisen oder einer geringeren Dienstleistungsqualität konfrontiert sein könnten.

<https://competition-cases.ec.europa.eu/cases/M.11071>

Kommission; Beschluss über die Verlängerung des Güterkraftverkehrsabkommens zwischen der EU und Moldau

Am 26.03.2024 wurde die Geltungsdauer des Abkommens über die Beförderung von Gütern im Straßenverkehr vom 29.06.2022 zwischen der EU und Moldau bis zum 31.12.2025 durch Beschluss des mit dem Abkommen eingesetzten gemischten Ausschusses verlängert. Zweck dieses Abkommens ist es, den Güterkraftverkehr zwischen dem Gebiet der EU und dem Hoheitsgebiet der Republik Moldau vorübergehend zu erleichtern. Dadurch soll den erheblichen Störungen des Güterkraftverkehrs, die durch den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine verursacht wurden, entgegengewirkt werden. Das Abkommen führte zu einem erheblichen Anstieg der im Straßenverkehr beförderten Ausfuhren aus der Republik Moldau in die EU.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_24_1721

Eurostat; Schlüsselregionen für den Binnenschiffsgüterverkehr im Jahr 2022

Eurostat hat am 22.03.2024 Daten bezüglich der Binnenschifffahrt in der EU im Jahr 2022 veröffentlicht. Festgestellt wurde, dass 2022 in der EU 965 Mio. Tonnen Fracht auf Binnenwasserstraßen innerhalb der EU be- und entladen wurde. Dabei konzentrierte sich der Güterverkehr maßgeblich auf Schlüsselregionen in NDL, BEL und DEU. Diese drei Mitgliedstaaten verfügen über ausgedehnte Binnenwasserstraßennetze, die mit großen Seehäfen wie Rotterdam, Antwerpen und Hamburg verbunden sind. Im Jahr 2022 führte die niederländische Region Zuid-Holland, in der sich der Rotterdamer Hafen befindet, die Rangliste mit 172,0 Millionen Tonnen Fracht an, was 17,8% des gesamten Binnenschiffsgüterverkehrs in der EU entsprach. Im Regierungsbezirk Düsseldorf wurden 67,9 Mio. Tonnen umgeschlagen, was einem Anteil von 7,0% entspricht. Allein der Güterverkehr von Zuid-Holland in den Regierungsbezirk Düsseldorf machte mit 32,6 Mio. Tonnen 6,8% des gesamten Binnenschiffsgüterverkehrs in der EU aus.

<https://ec.europa.eu/eurostat/de/web/products-eurostat-news/w/ddn-20240322-1>

Digital

Kommission; DMA: Untersuchungen gegen Alphabet, Apple und Meta

Die Kommission hat im Rahmen des Gesetzes über digitale Märkte (Digital Markets Act, DMA) am 25.03.2024 Untersuchungen gegen Alphabet (ehemals Google), Apple und den Facebook-Mutterkonzern Meta eingeleitet. Die Kommission hat den Verdacht, dass die von diesen Unternehmen ergriffenen Maßnahmen nicht ausreichen, um ihre DMA-Verpflichtungen wirksam zu erfüllen. Am 06.09.2023 hatte die Kommission den Beschluss gefasst, sechs digitale Plattformen - Alphabet, Amazon, Apple, ByteDance, Meta und Microsoft - als sog. „Torwächter“ (engl. Gatekeeper) zu benennen; das sind digitale Plattformen, die für Unternehmen über zentrale Plattformdienste ein wichtiges digitales Zugangstor zu Verbraucherinnen und Verbrauchern darstellen. Die Kommission beabsichtigt, die Verfahren innerhalb von 12 Monaten abzuschließen. Im Falle eines Verstoßes kann die Kommission Geldbußen von bis zu 10 % des weltweiten Gesamtumsatzes eines betroffenen Unternehmens verhängen.

<https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/news/commission-opens-non-compliance-investigations-against-alphabet-apple-and-meta-under-digital>

Forschung

Kommission; Horizont Europa; Assoziierung Südkorea

Am 25.03.2024 haben Iliana Ivanova, Kommissarin für Innovation, Forschung Kultur, Bildung und Jugend der EU, und Lee Jong Ho, der südkoreanische Minister für Wissenschaft, die künftige Assoziierung von Südkorea mit dem Forschungsrahmenprogramm Horizont Europa vereinbart. Der formelle Abschluss dieser Vereinbarung wird für die zweite Jahreshälfte 2024 erwartet, da die notwendigen Ratifizierungsprozesse in EU und Südkorea noch ausstehen. Nach Finalisierung können koreanische Forschende und Organisationen ab 2025 auf Antrag unter der Säule II von Horizont Europa Finanzierungen erhalten. Assoziierungsabkommen mit Horizont Europa sind für die EU ein zentrales Instrument des europäischen Ansatzes, die globale Kooperation bei Forschung und Entwicklung zu stärken.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/IP_24_1701

Kommission; Künstliche Intelligenz; Leitlinien Forschung;

Die Kommission hat am 21.03.2024 zusammen mit den Mitgliedstaaten des Europäischen Forschungsraums und beteiligten Interessengruppen Leitlinien vorgelegt, um die europäische Forschungscommunity bei der verantwortungsvollen Nutzung generativer künstlicher Intelligenz (KI) zu unterstützen. Zu den wichtigsten Elementen und Vorgaben der Leitlinien gehören, dass Forschende auf den Einsatz generativer KI-Werkzeuge bei sensiblen Tätigkeiten (z.B. Peer Reviews) verzichten sollen und diese nur unter Wahrung von Privatsphäre, Vertraulichkeit und unter der Berücksichtigung der Rechte an geistigem Eigentum nutzen sollen. Zudem sollen Forschungseinrichtungen den verantwortungsvollen Einsatz von generativer KI fördern und diesen aktiv überwachen. Darüber hinaus sollen Förderorganisationen Antragsteller bei der transparenten Nutzung generativer KI unterstützen. Durch die ständige Weiterentwicklung von generativer KI werden diese Richtlinien dauerhaft aktualisiert. Die Grundsätze, welche die neuen Leitlinien bilden, basieren auf bestehenden Rahmenbedingungen wie dem Europäischen Verhaltenskodex für die Integrität der Forschung und die Leitlinien für vertrauenswürdige KI.

<https://research-and-innovation.ec.europa.eu/news/all-research-and-innovation->

[news/guidelines-responsible-use-generative-ai-research-developed-european-research-area-forum-2024-03-20_en](https://research-and-innovation.ec.europa.eu/events/research-and-innovation-week-en)

Forschung; Horizont Europa; Research and Innovation Week; R&I Days

Zwischen dem 18.03. und 21.03.2024 hat die Kommission (Generaldirektion Forschung und Innovation) in Brüssel die sog. Research and Innovation Week sowie die R&I Days ausgerichtet. Zahlreiche Akteure aus Wirtschaft, Regierungen, Wissenschaft und Vertreterinnen und Vertreter der EU-Institutionen folgten der Einladung. Viele internationale Redner und Debattierende aus verschiedensten Politikbereichen nahmen an den Präsentationen, Plenardebatten und Workshops teil, die vier Tage lang veranstaltet wurden. Ein großes Augenmerk wurde einerseits auf die interne Evaluation von Horizont 2020, aber auch auf das künftige Forschungsrahmenprogramm, welches an Horizont Europa anknüpfen wird („FP10“) gelegt. Tenor vieler Rednerinnen und Redner der Veranstaltung war, dass ein starkes Budget für das nächste Forschungsrahmenprogramm sichergestellt werden soll, um Europa sowohl in der Forschung als auch in der Wirtschaft quantitativ und qualitativ wettbewerbsfähig zu halten. Das Verhältnis von Exzellenzförderung zu Solidarität und „Widening“ (Vergabe nach geografischen Kriterien) wurde intensiv diskutiert, genau wie die zukünftige Einbindung von öffentlich-privaten Finanzierungskonzepten (PPP). [https://research-and-innovation.ec.europa.eu/events/research-and-innovation-week_en](https://research-and-innovation.ec.europa.eu/events/research-and-innovation-week-en)

Finanzdienstleistungen

EP, Anhörung von Claudia Buch, Vorsitzende der EZB-Bankenaufsicht

Claudia Buch, seit Jahresanfang neue Vorsitzende des europäischen Aufsichtsgremiums (Single Supervisory Mechanism, SSM) der Europäischen Zentralbank (EZB) und vormals Bundesbankvizepräsidentin, wurde am 21.03.2024 im Wirtschafts- und Währungsausschuss des EP (ECON) angehört. Wesentliche Botschaften waren, dass der EU-Bankensektor vergangene Krisen zwar gut bewältigt habe, aber neue Herausforderungen angesichts geopolitischer Risiken, Klima- und Cyberrisiken zu adressieren seien. Die Bankenaufsicht werde dies proaktiv angehen. Neben der Eigenkapitalausstattung werde die Aufsicht dabei den Governancemechanismen und der internen Datenerhebung und -verarbeitung der Institute in Bezug auf Klimarisiken mehr Aufmerksamkeit widmen. Die neue SSM-Vorsitzende rief erneut zu einer Vollendung der Bankenunion durch Schaffung der eines vollwertigen europäischen Einlagensicherungssystems (EDIS) auf. https://multimedia.europarl.europa.eu/en/webstreaming/econ-committee-meeting_20240321-0900-COMMITTEE-ECON

EP; Standpunkt zu Bankenabwicklung und Einlagensicherung

Am 20.03.2024 hat der ECON-Ausschuss des EP seinen Standpunkt zur Überprüfung des Rahmens für Krisenmanagement und Einlagenversicherung (CMDI-Paket) angenommen. Dabei unterstützen die Abgeordneten das Kernziel, den Anwendungsbereich des Abwicklungsrahmens auf mittelgroße Banken auszuweiten, insbesondere wenn diese systemische Auswirkungen auf regionaler Ebene haben. Um dies zu erleichtern, sprechen sich die Abgeordneten für eine Änderung der Rangfolge der Gläubiger zugunsten von Privatkunden, Kleinst-, kleinen und mittleren Unternehmen aus. Hierfür sollen die Einlagensicherungssysteme der Banken sowie der Einheitliche Abwicklungsfonds verstärkt für die Finanzierung von Abwicklungen herangezogen

werden. Schließlich sollen nach dem Willen der Abgeordneten neben den bisherigen 100.000 EUR pro Einleger und Bank auch Einkünfte aus bestimmten Ereignissen wie z.B. Immobilientransaktionen geschützt werden. Dies würde den Schutz auf Beträge zwischen 500.000 EUR und 2,5 Mio. EUR innerhalb von sechs Monaten ausweiten.

<https://www.europarl.europa.eu/news/en/press-room/20240311IPR19201/meps-agreed-on-a-toolset-against-bank-failures-to-protect-taxpayers-deposits>

Soziales

Kommission; Bewertung Europass und Europäischer Qualifikationsrahmen

Am 27.03.2024 hat die Kommission ihre Bewertung von europass, dem Online-Tool der EU für Bewerbungen innerhalb der EU, sowie des Europäischen Qualifikationsrahmens veröffentlicht. Die Ergebnisse, basierend auf Rückmeldungen, qualitativen Umfragen und Interviews mit Interessengruppen, beschreiben Europass als nützliche und effiziente Plattform zur Unterstützung des Arbeitsmarktes und des Bildungssektors. Der One-Stop-Shop vereint hierbei Werkzeuge zur Unterstützung von Qualifikationen und Fähigkeiten sowie der Arbeitsmobilität. Von künftigen Entwicklungen in der Datenanalyse und Künstlicher Intelligenz verspricht sich die Kommission weiteres Potenzial der Initiative, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Positive Bewertungen erhält auch der Europäische Qualifikationsrahmen (EQR). In 36 der 38 teilnehmenden Staaten wurden nationale Qualifikationssysteme dem EQR angepasst, um Transparenz, Vergleichbarkeit und Übertragbarkeit von Qualifikationen im Europäischen Raum zu fördern. Während der Rahmen als Referenz für ähnliche Programme weltweit gilt und nach seiner Überarbeitung in 2017 positive Wirkung entfaltet, sieht die Kommission auch hier weiteres Potenzial, um den Fachkräftemangel zu bekämpfen sowie Weiterbildung und Umschulung zu fördern.

<https://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=89&furtherNews=yes&newsId=10806&langId=en>

EP; Ausschuss nimmt Bericht zu Europäischen Betriebsräten an

Am 03.04.2024 hat der Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten (EMPL) einen Bericht zur Überarbeitung der Richtlinie für Europäische Betriebsräte angenommen. Hierin legt der Ausschuss seinen Standpunkt zum dem entsprechenden Vorschlag fest, den die Kommission am 24.01.2024 unterbreitet hat. Ziel des Ausschusses ist die Stärkung der Rolle, der Kapazitäten und der Funktionsweise Europäischer Betriebsräte. Eckpunkte des Entwurfs sind unter anderem eine Verschärfung der Anhörungsvorschriften und die Verbesserung des Geschlechterverhältnisses innerhalb der Räte. Durch die Festlegung finanzieller Sanktionen bei Nichteinhaltung und leichterem Zugang zu Verwaltungs- und Gerichtsverfahren in den Mitgliedstaaten verspricht sich der Ausschuss weitere Verbesserungen des Erfolgsmodells der Betriebsräte im Europäischen Arbeitsmarkt, wie Berichterstatter MdEP Dennis Radtke (EVP/DEU) mitteilte. Mit diesen Maßnahmen soll der soziale Dialog in der EU verbessert werden. Der Berichtsentwurf wird möglicherweise erst nach den Europawahlen im Plenum behandelt.

<https://www.europarl.europa.eu/news/en/press-room/20240402IPR20104/european-works-councils-need-for-more-effective-enforcement-and-functioning>

EMA; Erinnerung zu angepasster Gebührenordnung zum 01.04.2024

Die Europäische Arzneimittelagentur (EMA) hat am 27.03.2024 eine Erinnerung für Antragssteller und Zulassungsinhaber zu ihrer jährlichen Anpassung der Gebührenordnung veröffentlicht. Mit Ausnahme von Pharmakovigilanzverfahren allgemein wird zum 01.04.2024 die Höhe der Gebühren auf die nächsten 100 EUR aufgerundet, um eine Anpassung an die Inflationsrate von +3,4% zu ermöglichen. Eine weitere Ausnahme bilden Verwaltungsgebühren, die auf die nächsten 10 EUR aufgerundet werden.

<https://www.ema.europa.eu/en/news/regulatory-information-adjusted-fees-applications-ema-1-april-2024>

HaDEA; Vorstellung des Horizon 2020-Projekts Endometriose

Am 27.03.2024 hat die Europäische Exekutivagentur für Gesundheit und Digitales (HaDEA) im Rahmen des Endometriose-Bewusstseinsmonats das EU finanzierte Projekt aus dem Forschungsprogramm Horizon 2020 näher vorgestellt. Mit dem Ziel der Früherkennung, Behandlung sowie der Erforschung der gynäkologischen Erkrankung, die weltweit etwa 190 Mio. Menschen betrifft und weiterhin oftmals fehldiagnostiziert wird, setzte das Förderprogramm von 2014 bis 2020 neue Impulse in der Forschung und Öffentlichkeitsarbeit.

https://hadea.ec.europa.eu/news/endometriosis-awareness-month-discover-horizon-2020-project-contributing-early-diagnosis-and-2024-03-27_en?etrans=de&etransolive=1

Umwelt

Rat; Aktualisierte Vorschriften für Abfallverbringung

Der Rat hat am 25.03.2024 die Überarbeitung der Verordnung über die Verbringung von Abfällen angenommen. Mit der überarbeiteten Verordnung soll dafür gesorgt werden, dass weniger problematische Abfälle in Länder außerhalb der EU gelangen, illegale Verbringungen bekämpft werden und die Durchsetzung insgesamt verbessert wird. Gleichzeitig wurden die Verfahren mit Blick auf die Ziele der Kreislaufwirtschaft und der Klimaneutralität und die Übermittlung von Informationen auf elektronischem Weg aktualisiert. In der Verordnung sind Maßnahmen festgelegt, mit denen sichergestellt werden soll, dass Abfälle nur an Bestimmungsorte verbracht werden, an denen sie ordnungsgemäß und umweltverträglich behandelt werden. So dürfen Abfälle nur dann in Nicht-OECD-Länder verbracht werden, wenn das betreffende Land sich bereit erklärt, sie einzuführen, und außerdem nachweisen kann, dass die Abfälle umweltgerecht bewirtschaftet werden. Dazu sind Prüfungen durch unabhängige Stellen und Überwachung durch die Kommission vorgesehen.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2024/03/25/waste-shipments-council-signs-off-on-more-efficient-updated-rules/>

Rat; Gesetz zum Schutz geografischer Angaben für Lebensmittel

Der Rat hat am 26.03.2024 eine Verordnung angenommen, mit der der Schutz geografischer Angaben und anderer Qualitätsregelungen für Wein, Spirituosen und landwirtschaftliche Erzeugnisse online wie offline verbessert und gleichzeitig das Eintragungsverfahren für geografische Angaben vereinfacht werden soll. Zu den erklärten Verbesserungen gehört etwa die Stärkung der Rolle von Erzeugervereinigungen durch die Übertragung von Befugnissen und Zuständigkeiten für die Verwaltung ihrer geografischen Angaben. Zudem soll mit der Verordnung die Rolle der Kommission bei der Prüfung von Anträgen auf Eintragung geografischer Angaben gestärkt werden. Außerdem vorgesehen ist ein verbesserter Schutz geografischer Angaben durch Geoblocking; hierzu wurde das Amt der Europäischen Union für geistiges Eigentum (EUIPO) mit der Einrichtung eines Informations- und Warnsystems für Domännennamen beauftragt.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2024/03/26/council-adopts-law-to-strengthen-protection-for-geographical-indications-for-foods-and-drinks/>

Rat; Entlastungen im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP)

Vertreterinnen und Vertreter der Mitgliedstaaten haben am 26.03.2024 im Sonderausschuss Landwirtschaft eine gezielte Überprüfung bestimmter Basisrechtsakte der GAP gebilligt, die von der Kommission als Reaktion auf die Anliegen der Landwirtinnen und Landwirte vorgeschlagen wurde. Die Überprüfung soll mehrere Änderungen und insbesondere Lockerungen bei der Einhaltung der Umweltauflagen erwirken. So sollen etwa spezifische Ausnahmen von bestimmten Umweltstandards eingeführt und kleine landwirtschaftliche Betriebe von der Kontrolle der Konditionalitätsanforderungen der GAP ausgenommen werden. Der Vorsitzende des Sonderausschusses Landwirtschaft wird das Schreiben mit dem Angebot des Rates nun dem EP übermitteln. Der Ausschuss für Landwirtschaft des EP hat beschlossen, für diesen Vorschlag das Dringlichkeitsverfahren anzuwenden, um den Vorgang noch vor Ende der Legislaturperiode abschließen zu können.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2024/03/26/support-for-farmers-council-endorses-targeted-review-of-the-common-agricultural-policy/>

Justiz

EuGH; Beschluss des Vizepräsidenten in einem Rechtsmittelverfahren des vorläufigen Rechtsschutzes: Online-Werbung: Zurückweisung des Antrags von Amazon auf Aussetzung ihrer Pflicht, ein Werbearchiv öffentlich zugänglich zu machen (Kommission/Amazon Services Europe)

Der EuGH hat mit Beschluss seines Vizepräsidenten vom 27.03.2024 in der Rechtssache C-639/23 P(R) auf ein Rechtsmittel der Kommission hin im Wege des vorläufigen Rechtsschutzes entschieden, dass Amazon Services Europe sein Werbearchiv öffentlich zugänglich machen muss. Das zum Amazon-Konzern gehörende Unternehmen Amazon Services Europe erbringt u.a. Online-Marktplatzdienste an Drittverkäufer und ermöglicht ihnen, Waren im Amazon Store zum Kauf anzubieten. Die Kommission hatte mit Beschluss vom 23.04.2023 gemäß der Verordnung über einen Binnenmarkt für digitale Dienste Amazon Store als sehr große Online-Plattform benannt. Dies bedeutet u. a., dass Amazon Store ein Werbearchiv mit detaillierten Informationen über ihre Online-Werbung öffentlich zugänglich machen muss. Amazon hatte beim Gericht der EU die Nichtigkeitsklage

dieses Beschlusses beantragt und einen Antrag auf vorläufigen Rechtsschutz gestellt. Mit Beschluss vom 27.09.2023 ordnete der Präsident des Gerichts der EU die Aussetzung des Beschlusses der Kommission an, soweit Amazon Store damit verpflichtet wird, das Werbearchiv öffentlich zugänglich zu machen. Die Kommission hat gegen den Beschluss des Präsidenten des Gerichts beim EuGH Rechtsmittel eingelegt. Mit seinem Beschluss hebt der Vizepräsident des EuGHs den Teil des Beschlusses des Präsidenten des Gerichts der EU auf, mit welchem der Beschluss der Kommission in Bezug auf das Werbearchiv ausgesetzt wird. Er stellt fest, dass nach Abwägung aller beteiligten Interessen die vom Unionsgesetzgeber vertretenen Interessen im vorliegenden Fall den materiellen Interessen von Amazon vorgehen, weshalb die Abwägung zugunsten der Zurückweisung des Aussetzungsantrags ausfällt.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=284262&pageIndex=0&doclang=EN&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=9077100>

I n n e r e s

Kommission; Neue Löschflugzeuge für rescEU-Flotte für 600 Mio. EUR

Wie die Kommission am 25.03.2024 bekanntgab, stellt die EU 600 Mio. EUR für den Kauf von zwölf neuen Löschflugzeuge bereit. Die Löschflugzeuge sollen ab 2027 zulaufen und in sechs Mitgliedstaaten stationiert werden: FRA, IRL, GRI, PTL, KRO und ESP. Die neuen Flugzeuge sollen zum Löschen von Bränden in der gesamten EU eingesetzt werden.

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/kommission-finanziert-neue-loeschflugzeuge-fur-resceu-flotte-mit-600-mio-euro-2024-03-25_de

Kommission; Leitlinien für die Minderung systemischer Risiken für Wahlen

Am 26.03.2024 stellte die Kommission Leitlinien für die Minderung systemischer Risiken für Wahlen vor. Hierin empfiehlt die Kommission eine Reihe von Maßnahmen und bewährten Verfahren, um mit Blick auf die Integrität von Wahlen im Allgemeinen und die Europawahl im Besonderen systemische Risiken im Internet anzugehen. Die Leitlinien richten sich an sehr große Online-Plattformen und Suchmaschinen mit mehr als 45 Millionen aktiven Nutzerinnen und Nutzern in der EU.

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/eu-kommission-stellt-leitlinien-fur-die-minderung-systemischer-risiken-fur-wahlen-vor-2024-03-26_de

EU; Teil-Beitritt von ROM und BUL zum Schengen-Raum

Am 31.03.2024 traten ROM und BUL dem Schengen-Raum teilweise bei. Insbesondere gelten von nun an, für beide Mitgliedstaaten (MS) die Vorschriften bzgl. der Ausstellung des Schengen-Visa. Zudem wurden die Kontrollen an den Luft- und Seebinnengrenzen beider MS aufgehoben. Der Teil-Beitritt geht auf einen Beschluss des Rates aus dem Dezember 2023 zurück. Ein Beschluss des Rates zur Aufhebung der Kontrollen an den Landbinnengrenzen zwischen BUL, ROM und den anderen MS wurde noch nicht getroffen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_24_1722

Frontex; Aufbau einer Expertengruppe für strategische Risikoanalyse – Aufruf zur Interessenbekundung

Am 02.04.2024 startete die Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache (Frontex) einen Aufruf zur Interessenbekundung von akademischen Institutionen, Forschungsinstituten, Think Tanks und Institutionen, die vom 01.09.2024 bis zum

31.08.2027 für einen Zeitraum von drei Jahren Mitglied einer Expertengruppe für strategische Risikoanalyse werden können.

https://www.frontex.europa.eu/assets/Procurement/Open/2024/Open_Call_-_expression_of_interest_to_join_SRAN_Expert_Group_final_rev._02.04.2024.pdf

Kommission; Europäisches Bürgerpanel zur Bekämpfung von Hass in der Gesellschaft

150 zufällig ausgewählte Bürgerinnen und Bürger aus allen 27 Mitgliedstaaten diskutieren von 05.-07.04.2024 über die tieferen Ursachen von Hass in der Gesellschaft und die Möglichkeiten, wie man ihn bekämpfen kann. Die Bürgerinnen und Bürger sollen Empfehlungen formulieren, wie Brücken zwischen fragmentierten Gruppen und Gemeinschaften gebaut werden können. Die Empfehlungen des Panels sollen die zukünftige Arbeit der Kommission zur Bekämpfung von Hassrede und Hassverbrechen unterstützen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_24_1805

Europol; Bericht über kriminelle Netzwerke in der EU

Der für Justiz zuständige Kommissar Didier Reynders und die für Inneres zuständige Kommissarin Ylva Johansson stellten gemeinsam mit der Exekutivdirektorin von Europol, Catherine De Bolle, der belgischen Innenministerin Annelies Verlinden und dem belgischen Justizminister Paul Van Tigchelt am 05.04.2024 den ersten Bericht des Europäische Polizeiamts (Europol) über die Entschlüsselung der bedrohlichsten kriminellen Netzwerke in der EU vor. In dem Bericht werden mehr als 800 kriminelle Netze analysiert, die auf Daten aus allen Mitgliedstaaten und 17 Nicht-EU-Ländern basieren. Der Bericht soll ein besseres Verständnis der kriminellen Aktivitäten und der dafür verantwortlichen Personen ermöglichen und so die Strafverfolgungsbehörden und politischen Entscheidungsträger bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität unterstützen.

<https://www.europol.europa.eu/media-press/newsroom/news/press-conference-decoding-eus-most-threatening-criminal-networks>

<https://www.europol.europa.eu/cms/sites/default/files/documents/Europol%20report%20on%20Decoding%20the%20EU-s%20most%20threatening%20criminal%20networks.pdf>

Bildung und Kultur

Kommission; Themenportal zu Erwachsenenbildung und politischer Teilhabe

Im Kontext der Europawahl hat die Kommission am 01.04.2024 ein neues Themenportal zur Erwachsenenbildung eingerichtet. Der inhaltliche Fokus liegt hierbei auf der Frage, wie Erwachsenenbildung politische Teilhabe zu stärken vermag. Unter dem Titel „Demokratie erleben: Bildung für Beteiligung“ können Best Practices zu innovativen Ideen und aus Projekten gesammelte Erfahrungen ausgetauscht werden.

<https://epale.ec.europa.eu/de/content/themenfokus-demokratie-erleben-bildung-fuer-beteiligung>

Kommission; Hochschulpolitik; Europäischer Abschluss; European Degree

Die Kommission hat am 27.03.2024 drei Initiativen vorgelegt, um künftig die transnationale Zusammenarbeit zwischen Hochschulen voranzubringen. Kern des Hochschulpakets ist es, mittelfristig einen europäischen Hochschulabschluss (European Degree) einzuführen. Der für die Mitgliedstaaten als „freiwillige Maßnahme“ titulierte European Degree soll die Lernmobilität innerhalb der EU fördern und durch

die Internationalisierung von Curricula die Kompetenzen von Studierenden verbessern. Primäre Anknüpfungspunkte zur Einführung dieser Degrees sind die aus dem EU-Programm Erasmus+ geförderten EU-Hochschulallianzen, bestehend aus European Universities. Die Initiativen richten sich aber darüber hinaus an interessierte öffentliche und private Hochschulen. Nicht nur die Mobilität der Studierenden, sondern auch von Promovierenden und des Lehrpersonals soll gestärkt werden. Der von Hochschulen vergebener European Degree für abgeschlossene Studien- und Promotionsstudiengänge soll automatisch EU-weit anerkannt werden. Dies führt die Kommission in einer Mitteilung aus. In der Ratsempfehlung über ein europäisches Qualitätssicherungssystem für die Hochschulbildung ersucht die Kommission die Mitgliedstaaten und Hochschulen, ihre Qualitätssicherungsverfahren und -praktiken zu vereinfachen. Eine weitere Ratsempfehlung zu attraktiven Laufbahnen in der Hochschulbildung zielt darauf ab, das Personal zu stärken, das grenzüberschreitend in der Bildung und in innovativen Lehrmethoden tätig ist.

<https://education.ec.europa.eu/news/commission-presents-a-blueprint-for-a-european-degree>

Information, Kommunikation und Medien

Kommission; Berichte zur Umsetzung des Kodex gegen Desinformationen

Die Kommission hat am 26.03.2024 mitgeteilt, dass die Unterzeichner des EU-Verhaltenskodex gegen Desinformationen, darunter Google, Meta, Microsoft und TikTok, neue Berichte über die Umsetzung des Kodex veröffentlicht haben. Dabei stand die Bekämpfung von Desinformationen im Zusammenhang mit den Europawahlen im Juni 2024 im Fokus. Zu den ergriffenen Maßnahmen zählen die Zusammenarbeit mit Faktenprüfern, Vorgaben zur Kenntlichmachung von digitaler Bearbeitung von Online-Inhalten sowie die Förderung von hochqualitativen Informationen für Wählerinnen und Wähler. Die nächsten Berichte werden im Herbst 2024 erwartet. Die Kommission hat außerdem mitgeteilt, alsbald das Verfahren zur Anerkennung des Kodex gegen Desinformationen als Verhaltenskodex nach dem Gesetz über Digitale Dienste (DSA) einleiten zu wollen.

<https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/news/online-platforms-put-special-focus-elections-third-batch-reports-under-code-practice-disinformation>

Kommission; Auswahl paneuropäischer Projekte zur EU-Berichterstattung

Die Kommission hat am 03.04.2024 die drei Medien-Konsortien bekanntgegeben, die den Förderaufruf in Höhe von acht Mio. EUR für paneuropäische Projekte zur EU-Berichterstattung gewonnen haben. Es handelt sich um den „European Newsroom“ (ENR), das Konsortium „EMOVE“ sowie das Projekt „PULSE“. ENR ist ein Konsortium aus 23 Nachrichtenagenturen unter Koordination der deutschen Nachrichtenagentur dpa, die zusammenarbeiten, um Nachrichten mit EU-Bezug gemeinsam zu produzieren und zu verbreiten. EMOVE steht unter Leitung von ARTE mit 13 Medienpartnern und produziert Videos in zehn Sprachen. „PULSE“, das 13 Projektpartner aus 12 Mitgliedstaaten umfasst, will Journalistinnen und Journalisten zusammenbringen, um zu bestimmten Themen gemeinsame Inhalte zu schaffen.

<https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/news/three-media-consortia-selected-report-european-affairs>

EU – Förderprogramme

Schweizer Fonds zum schnellen Eingriff bei krisenhaften Migrationsbewegungen; Förderaufruf veröffentlicht

Am 30.03.2024 hat der Rapid Response Fund (RRF) der Schweiz, der einen oder mehrere EU-Mitgliedstaaten bei der Bewältigung von Krisensituationen im Zusammenhang mit Migrationsbewegungen unterstützt, einen neuen Förderaufruf veröffentlicht. Ziel ist die Stärkung des Migrations-Managements (u.a. Stärkung der Asylverfahren, Verbesserung der Infrastruktur für Migranten, etc.). Bewerber können sich internationale (Nicht-)Regierungsorganisationen. Man kann sich entweder mit einer Maßnahme aus dem Bereich Notfall-Management oder einem gezielten Einzelprojekt bewerben, das in einem EU-Mitgliedstaat stattfindet. Das Budget des Projekts sollte zwischen 250.000 und 1 Mio. Schweizer Franken liegen. Projekte, die ein konkretes Einzelziel verfolgen, können zwischen dem 18.03. und 21.04.2024 angemeldet werden, Projekte zur Bekämpfung von Notfällen können ab dem 21.04.2024 angemeldet hier. Hier endet die Bewerbungsfrist erst, wenn alle Mittel für 2024 belegt sind.

https://migrant-integration.ec.europa.eu/news/rapid-response-fund-launches-new-call-proposals_en

Vorschau

Auf folgende Tagesordnungspunkte von Sitzungen der nächsten zwei Wochen wird insbesondere hingewiesen:

Europäischer Rat

17./18.04.2024 außerordentliche Tagung

Rat

12.04.2024 ECOFIN – Ratsschlussfolgerungen zur Umsetzung der Aufbau- und Resilienzfazilität, zuvor Eurogruppe im inklusiven Format Sachstand zum Digitalen Euro

Europäische Kommission

10.04.2024 Diskussion zur Zukunft des Binnenmarktes mit Enrico Letta, Sonderberichterstatter der EU zur Weiterentwicklung des Binnenmarktes

Mitteilung zum clean transition dialogue

17.04.2024 Kommissionempfehlung zu integrierten Kinderschutzsystemen

Europäisches Parlament

Plenarsitzung in Brüssel vom 10.-11-04.2024

Ansprache König Philippe, König der Belgier
Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS):
Screening von Drittstaatsangehörigen an den Außengrenzen
Europäisches Strafregisterinformationssystem für Drittstaatsangehörige
Gemeinsames Verfahren zur Gewährung internationalen Schutzes in der Union
Festlegung des Rückführungsverfahrens an der Grenze
Asyl- und Migrationsmanagement
Bewältigung von Krisensituationen und Situationen von höherer Gewalt
Einrichtung von Eurodac für den Abgleich von Fingerabdruckdaten
Neuansiedlungsrahmen der Union
Anerkennung von Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen
Normen für die Aufnahme von Personen, die int. Schutz beantragen
Maßnahmenpaket Arzneimittel:
Unionskodex betreffend Humanarzneimittel
Verfahren der Union für die Zulassung und Überwachung von Humanarzneimitteln und Vorschriften für die Europäische Arzneimittel-Agentur
Undemokratische Präsidentschaftswahl in Russland und ihre unrechtmäßige Ausweitung auf die besetzten Gebiete (Erklärung der Kommission)
Festlegung zusätzlicher Verfahrensregeln für die Durchsetzung der Verordnung (EU) 2016/679
Neue Verordnung über Bauprodukte
Änderung der Richtlinie 2013/34/EU im Hinblick auf die Fristen für den Erlass der Standards für die Nachhaltigkeitsberichterstattung für bestimmte Sektoren und bestimmte Unternehmen aus Drittstaaten
Verringerung der Methanemissionen im Energiesektor
Quecksilber: Dentalamalgam und andere mit Quecksilber versetzte Produkte, die Herstellungs-, Einfuhr- und Ausfuhrbeschränkungen unterliegen
Verschärfung der CO₂-Emissionsnormen für neue schwere Nutzfahrzeuge
Lebensmittel für die menschliche Ernährung: Änderung bestimmter „Frühstücksrichtlinien“
Europäische umweltökonomische Gesamtrechnungen: Einführung neuer Module
Unionsrahmen für die Zertifizierung von CO₂-Entnahmen
Standards für Gleichstellungsstellen im Bereich der Gleichbehandlung und Chancengleichheit von Frauen und Männern in Arbeits- und Beschäftigungsfragen

Richtlinie des Rates über Standards für Gleichbehandlungsstellen im Bereich der Gleichbehandlung von Personen ungeachtet ihrer Rasse oder ethnischen Herkunft, der Gleichbehandlung von Personen in Beschäftigung und Beruf ungeachtet ihrer Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, ihres Alters oder ihrer sexuellen Ausrichtung sowie von Frauen und Männern im Bereich der sozialen Sicherheit und im Bereich des Zugangs zu und der Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen und zur Änderung der Richtlinien 2000/43/EG und 2004/113/EG

Vorübergehende Ausnahme: Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern

Bodenüberwachung und -resilienz (Bodenüberwachungsrichtlinie)

Erfassung der Treibhausgasemissionen von Verkehrsdiensten

Einführung eines hauptsitzbasierten Steuersystems für Kleinstunternehmen, kleine und mittlere Unternehmen sowie Änderung der Richtlinie 2011/16/EU

Verrechnungspreisgestaltung in Unternehmen

Abfertigung von schweren Lastfahrzeugen an Grenzübergangsstellen

Aktivitäten der chinesischen Polizei in Europa

Laufende Anhörungen gemäß Artikel 7 Absatz 1 EUV zu Ungarn zur Stärkung der Rechtsstaatlichkeit und ihre Auswirkungen auf den Haushalt (Erklärungen des Rates und der Kommission)

Entlastungen 2022

Reform der Energie- und der Elektrizitätsmärkte

Binnenmärkte für erneuerbare Gase und Erdgas sowie für Wasserstoff (Neufassung)

Gemeinsame Vorschriften für die Binnenmärkte für erneuerbare Gase und Erdgas sowie Wasserstoff (Neufassung)

Verordnung zur Gestaltung der Elektrizitätsmärkte in der EU

Richtlinie zur Gestaltung der Elektrizitätsmärkte in der EU
Versuche, die Rechtsstaatlichkeit und die Medienfreiheit in der Slowakei auszuhöhlen (Erklärungen des Rates und der Kommission)

Internationaler Tag der Roma (Erklärung der Präsidentin)

Behandlung von kommunalem Abwasser

Aufnahme des Rechts auf Abtreibung in die Charta der Grundrechte der EU

Ausschuss der Regionen

08.04.2024

COTER-Fachkommissionssitzung

Die Zukunft der Europäischen territorialen Zusammenarbeit (ETZ) nach 2027 (Meinungsaustausch)

- Ein gerechter Übergang für alle Regionen der EU (Meinungsaustausch)
Schaffung eines gemeinsamen europäischen Mobilitätsdatenraums (Meinungsaustausch)
- 10.04.2024 CIVEX-Fachkommissionssitzung
EU-Fahrplan zur Bekämpfung des Drogenhandels und der organisierten Kriminalität (Abstimmung)
Aktive Subsidiarität: ein Grundprinzip der EU-Agenda für bessere Rechtsetzung (Abstimmung)
- 11.04.2024 ENVE-Fachkommissionssitzung
Europäischer Windkraft-Aktionsplan (Meinungsaustausch)
Eine resiliente Wasserbewirtschaftung zur Bekämpfung der Klimakrise im Rahmen des europäischen Blauen Deals (Abstimmung)
Ein globaler Grüner Deal: Harmonisierung der globalen Rahmen für Klimapolitik, Biodiversität und nachhaltige Entwicklung (Abstimmung)
Der Beitrag der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften zur Umstellung auf eine Kreislaufwirtschaft (Abstimmung)
- 17./18.04.2024 160. AdR-Plenarsitzung
Erweiterungspaket 2023
Schutz der biologischen Vielfalt und Koexistenz mit Großraubtieren in Europa – Herausforderungen und Chancen für die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften
Vorschlag für eine europäische Erklärung zum Radverkehr
Intelligenter, nachhaltiger und erschwinglicher Wohnraum als Instrument der lokalen Gebietskörperschaften zur Bewältigung vielfältiger Herausforderungen
Mechanismus zur Überwindung rechtlicher und administrativer Hindernisse in einem grenzübergreifenden Kontext – Instrument zur Erleichterung grenzübergreifender Lösungen
Neue genomische Techniken und Pflanzenvermehrungsmaterial
Lokale Energieerzeugung: die Rolle der geothermischen Energie
Kompetenz- und Fachkräftemobilität
Vermeidung der Freisetzung von Kunststoffgranulat zur Verringerung der Umweltverschmutzung durch Mikroplastik
Verbesserung der sozialen Inklusion von Kindern durch Umsetzung der Europäischen Garantie für Kinder auf lokaler und regionaler Ebene
Verteidigung der Demokratie

Europäischer Gerichtshof

- 10.04.2024 Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof in der Rechtsmittelsache C-367/22 P Air Canada / Kommission – Luftfrachtkartell
- 10.04.2024 Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof in der Rechtsmittelsache C-375/22 P LATAM Airlines Group und Lan Cargo / Kommission – Luftfrachtkartell
- 11.04.2024 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-741/21 juris – Begriff des immateriellen Schadens aus der DSGVO (Deutschland)
- 11.04.2024 Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C-768/21 Land Hessen (Handlungspflicht der Datenschutzbehörde) – Schutz personenbezogener Daten (Deutschland)
- 11.04.2024 Schlussanträge der Generalanwältin am Gerichtshof in der Rechtssache C-109/23 Jemerak – Verbot der Rechtsberatung für in Russland niedergelassene Personen (Deutschland)
- 11.04.2024 Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C-600/22 P Puigdemont i Casamajó und Comín i Oliveres / Parlament – Wahlen zum Europäischen Parlament vom 26. Mai 2019
- 11.04.2024 Schlussanträge der Generalanwältin am Gerichtshof in der Rechtsmittelsache C-579/22 P Anglo Austrian AAB / BCE und Far East – Finanzrechtliche Sanktionen (Österreich)
- 11.04.2024 Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof in der Rechtsmittelsache C-379/22 P Singapore Airlines und Singapore Airlines Cargo / Kommission – Luftfrachtkartell
- 11.04.2024 Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof in der Rechtsmittelsache C-380/22 P Deutsche Lufthansa u. a. / Kommission – Luftfrachtkartell
- 17.04.2024 Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof in der Rechtsmittelsache C-401/22 P Cargolux Airlines / Kommission – Luftfrachtkartell
- 17.04.2024 Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof in der Rechtsmittelsache C-378/22 P British Airways / Kommission – Luftfrachtkartell
- 18.04.2024 Urteil des Gerichtshofs (Große Kammer) in der Rechtssache C-605/21 Heureka Group (Online-

Preisvergleiche) – Wettbewerbsrecht (Tschechische Republik)

- 18.04.2024 Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof (Große Kammer) in der Rechtsmittelsache C-369/22 P Air France / Kommission – Luftfrachtkartell
- 18.04.2024 Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof (Große Kammer) in der Rechtsmittelsache C-370/22 P Air France-KLM / Kommission – Luftfrachtkartell
- 19.04.2024 Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof in der Rechtsmittelsache C-403/22 P SAS Cargo Group u. a. / Kommission – Luftfrachtkartell
- 19.04.2024 Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof (Große Kammer) in der Rechtsmittelsache C-385/22 P Koninklijke Luchtvaart Maatschappij / Kommission – Luftfrachtkartell
- 19.04.2024 Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof (Große Kammer) in der Rechtsmittelsache C-386/22 P Martinair Holland / Kommission – Luftfrachtkartell

EuG

- 10.04.2024 Urteil des Gerichts in der Rechtssache T-301/22 Aven / Rat – Restriktive Maßnahmen angesichts der Situation in der Ukraine
- 10.04.2024 Urteil des Gerichts in der Rechtssache T-304/22 Fridman / Rat – Restriktive Maßnahmen angesichts der Situation in der Ukraine
- 11.04.2024 Mündliche Verhandlung vor dem Gericht in der Rechtssache T-526/19 RENV Nord Stream 2 / Parlament und Rat – Erdgasbinnenmarkt
- 16.04.2024 Mündliche Verhandlung vor dem Gericht in den verbundenen Rechtssachen T-70/23, T-84/23, T-111/23 Data Protection Kommission / Europäischer Datenschutzausschuss – Nichtigerklärung von Internetdiensten
- 17.04.2024 Urteil des Gerichts in der Rechtssache T-255/23 Escobar / EUIPO (Pablo Escobar) – Sittenwidrigkeit bei Unionsmarken

Der nächste Bericht aus Brüssel erscheint am 19.04.2024.

Abkürzungsverzeichnis

Europäisches Parlament	
Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)	EVP
Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament	S&D
Fraktion Renew Europe	RN
Fraktion der Grünen /Freie Europäische Allianz	GRÜNE
Europäische Konservative und Reformisten	ECR
Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken /Nordische Grüne Linke	GUE
Fraktion Identität und Demokratie	ID
Fraktionslos	FL
EU-Mitgliedstaaten	
Belgien	BEL
Bulgarien	BUL
Dänemark	DNK
Deutschland	DEU
Estland	EST
Finnland	FIN
Frankreich	FRA
Griechenland	GRI
Irland	IRL
Italien	ITL
Kroatien	KRO
Lettland	LET
Litauen	LIT
Luxemburg	LUX
Malta	MTA
Niederlande	NDL
Österreich	AUT
Polen	POL
Portugal	PTL
Rumänien	ROM
Schweden	SWE
Slowakei	SLK
Slowenien	SLO
Spanien	ESP
Tschechische Republik	CZR
Ungarn	HUN
Zypern	CYP
Länder außerhalb der EU	
Vereinigtes Königreich	GBR
Vereinigte Staaten von Amerika	USA